

ARCHE NOAH Parteien-Check zum Thema Bayer-Monsanto-Übernahme

Ergebnisse

Stand: 5.10.2017

FRAGEN UND ANTWORTEN IM VOLLEN WORTLAUT

- 1. Mit welchen Schritten werden Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung bei der europäischen Fusionskontrollbehörde (EU-Kommission) dafür einsetzen, die Übernahme von Monsanto durch Bayer zu verhindern bzw. die Auswirkungen auf österreichische Landwirt*innen, Konsument*innen und mittelständische Saatgutunternehmen zu mindern?**

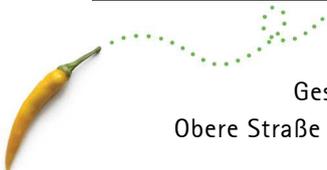
Partei	Vollständige Antwort
SPÖ	Die Fusionskontrolle liegt ab bestimmten Grenzwerten im Zuständigkeitsbereich der Europäischen Kommission. Bei EU-Fusionskontrollverfahren ist auch die Bundeswettbewerbsbehörde eingebunden, die im Rahmen des beratenden Ausschusses Positionen einbringen kann. Sollte die Europäische Kommission entgegen unserer Erwartung zum Ergebnis kommen, dass eine Übernahme von Monsanto durch Bayer kein wettbewerbsrechtliches Problem darstellt, gibt es die Möglichkeit, diese Entscheidung durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen. Sollte auch das zu keinem Ergebnis führen, werden wir zielgerichtete Maßnahmen unterstützen, um zu verhindern, dass Bayer seine marktbeherrschende Stellung zum Schaden der Gesundheit der ÖsterreicherInnen und zu Lasten der Versorgungssicherheit ausnützt.
ÖVP	Österreich fördert über viele Initiativen die Sorten- und Artenvielfalt. Betreffend Bayer-Monsanto gilt es abzuwarten, wie die Europäische Kommission diese Fusion beurteilt und ob die Bedenken der österreichischen Landwirte, Konsumenten und mittelständischen Saatgutunternehmen ausgeräumt werden können. Klar ist: Die EU-Kommission muss die Vielfalt des Saatgutmarktes sichern. Es darf zu keiner Markt- und Lobbymacht großer Konzerne kommen. Sollte eine Fusion bewilligt werden, ist davon auszugehen, dass dies nur unter entsprechenden Auflagen erfolgen wird.
FPÖ	Unabhängig von Spekulationen über mögliche Regierungsbeteiligungen hat die Versorgung Österreichs mit hochwertigen heimischen Produkten für uns höchste Priorität. Die bäuerliche und dezentral strukturierte Landwirtschaft in Österreich abseits von Agrarfabriken muss jedenfalls erhalten bleiben. Österreich kann nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100% mit Lebensmitteln zu versorgen. Dazu bedarf es der Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Sicherstellung der Selbstversorgungsfähigkeit mit ökologisch wertvollen und gesunden Lebensmitteln zu fairen Produktpreisen und der Schaffung einer klaren, ehrlichen, verbindlichen und für den Verbraucher überschaubaren Lebensmittelkennzeichnung. Gentechnikfreiheit im Lebens- und Futtermittelbereich sollte

Verein ARCHE NOAH

Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung

Obere Straße 40 · A-3553 Schiltern · +43(0)2734-8626 · info@arche-noah.at · www.arche-noah.at

ZVR 907994719 · DVR 0739936



	<p>dabei mittlerweile eine Selbstverständlichkeit darstellen. Angemerkt in diesem Zusammenhang sei, dass wir uns bereits im April 2013 mittels Entschließungsantrag 2266/A (E) gegen die EU-Saatgutverordnung und für den Schutz seltener und gefährdeter Saatgutsorten stark gemacht haben.</p> <p>Eine direkte Einflussnahme durch die Mitgliedstaaten auf das seitens der Europäischen Kommission durchzuführende Fusionskontrollverfahren ist nicht möglich.</p> <p>Im Zuge des laufenden Verfahrens betreffend den Zusammenschluss der Bayer AG und Monsanto Co. könnte jedoch seitens der Mitgliedstaaten im Rahmen der Möglichkeit der Abgabe von Stellungnahmen im Verfahren nachdrücklich die ausreichende Miteinbeziehung von außerökonomischen Zielen, wie die Beachtung von Aspekten des Umweltschutzes, respektive Fragen der Biodiversität, der Ernährung, der Gesundheit, eingemahnt werden.</p>
Die Grünen	<p>Durch den Zusammenschluss würde ein globaler Marktführer (vor allem) im Bereich der Agrarchemie entstehen. Auch die EU-Kommission hat zurecht selbst Bauchschmerzen in dieser Angelegenheit. Die Kommission hat erkannt, dass mit der Fusion zwei führende Portfolios bei Totalherbiziden, Saatgut und agronomischen Merkmalen sowie in der digitalen Landwirtschaft zusammenkommen würden. Der neue Konzern wäre der größte weltweit. Das birgt große Gefahren für die Entwicklung der Agrarmärkte und damit auch für die Lebensmittelmärkte und -preise. Österreich kann und sollte durch die den Mitgliedstaaten (bzw. deren Behörden) verbrieften Rechte zur Stellungnahme und zur Mitwirkung im Beratenden Ausschuss auch außer-ökonomische Ziele in das Fusionskontrollverfahren einbringen bzw. auf deren Berücksichtigung hinwirken. Wird die Berücksichtigung(sfähigkeit) von außerökonomischen Zielen innerhalb des Kompetenzbereichs der EU-Kommission abgelehnt bzw. unterlässt die EU-Kommission eine angemessene Berücksichtigung, so sollte Österreich gerichtliche Schritte (sprich der Weg zum EuGH) und/oder Maßnahmen nach Art. 21 Abs. 4 FKVO ergreifen.</p>
NEOS	<p>Politische Interventionen in der zuständigen Wettbewerbsbehörde halten wir für kein zulässiges Mittel. Wir vertrauen hier in die gute Arbeit der europäischen Behörden, die auch in der Vergangenheit relativ strenge Auflagen erteilt haben.</p> <p>Wir verweisen hier auch auf die kritische Stellungnahme der zuständigen Kommissarin. Die zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager äußerte die Befürchtung, dass der Zusammenschluss den Wettbewerb bei Pestiziden, Saatgut sowie bei einzelnen Pflanzenmerkmalen beeinträchtigen könnte - mit negativen Folgen für Verbraucher, Landwirtschaft und die Konkurrenz. "Saatgut und Pestizide sind für Landwirte und letztlich auch für die Verbraucher von entscheidender Bedeutung", sagte Vestager. "Wir müssen auf diesen Märkten einen wirksamen Wettbewerb sicherstellen."</p> <p>Möglicherweise, wie schon medial kolportiert wurde, wird auch der Verkauf einzelner Sparten Fusionsbedingung sein, um keine marktdominante Stellung zuzulassen. Wir glauben, dass dies einen weiterhin gut funktionierenden Saatgutmarkt in Europa sicherstellt.</p>
Liste Pilz*	<p>Sollte die europäische Fusionskontrollbehörde keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken feststellen, gilt es auf nationaler Ebene negative Auswirkungen auf die regionale Landwirtschaft zu verhindern. Dies notfalls über ein Zulassungsverbot bestimmter Produkte in Österreich. Ergänzend muss sowohl auf unions- als auch auf nationaler Ebene die Förderung von regionalen und kleinen Landwirtschaftsbetrieben verstärkt werden.</p>
KPÖ Plus	<p>Wir wollen als KPÖ PLUS eine starke Opposition zum herrschenden politischen und wirtschaftlichen System aufbauen. Unser erstes Ziel ist nicht, mitzuregieren, sondern viele Menschen aktiv einzubinden, für ihre Interessen einzutreten und die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern.</p> <p>Wären wir aber Teile einer Bundesregierung, würden wir uns dafür einsetzen, dass wirksamere Regeln zur Vorbeugung und Zerschlagung von Monopolen und zur Bekämpfung der Konzernmacht festgelegt werden. Das trifft insbesondere auf den Bereich</p>

Verein ARCHE NOAH

Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung
 Obere Straße 40 · A-3553 Schiltern · +43(0)2734-8626 · info@arche-noah.at · www.arche-noah.at

ZVR 907994719 · DVR 0739936

	der Saatgut- und Pestizidherstellung zu. Unsere Bemühungen würden juristische sowie politische Druckmittel umfassen.
FLÖ	Die FLÖ sieht die alleinige Zuständigkeit der EU-Kommission als Fusionskontrollbehörde sehr kritisch. Die Parlamente der Mitgliedstaaten haben in dem Verfahren kein Mitspracherecht. Ein Umstand, der dringend revidiert werden muss. Die FLÖ wird sich im Parlament (und auch im Falle einer Regierungsbeteiligung) dafür stark machen, daß die EU-Kommission aufgefordert wird die Fusion abzulehnen.

2. Sind Sie der Meinung, dass die Kompetenzen der europäischen Fusionskontrollbehörde (EU-Kommission) gestärkt werden sollten?

2.a) Wenn ja: Wie sollen die Kompetenzen gestärkt werden? Wie würden Sie eine solche Reform angehen? Welche Chancen und Risiken würden durch eine solche Reform für österreichische Unternehmen entstehen?

2.b) Wenn nein: Warum nicht? Welche Chancen und Risiken sehen Sie für österreichische Unternehmen, wenn derartige Unternehmenszusammenschlüsse weiterhin unter denselben Rahmenbedingungen stattfinden?

Partei	Vollständige Antwort
SPÖ	Ein Bedarf für eine Ausweitung der Kompetenzen wird nicht gesehen, denn die EU-Wettbewerbskommission hat in Fusionsangelegenheiten zahlreiche Kompetenzen, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Fusionskontrolle sind auf diesen Fall anwendbar, daher könnte eine Fusion kann untersagt oder unter Auflagen genehmigt werden. Laut Presstext der EU-Kommission (IP/17/2762) hat die EK große wettbewerbliche Bedenken bei dieser Fusion. Eine Stärkung der EU-Kommission hätte nicht zur Folge, dass solche Fusionen nicht mehr stattfinden. Im Gegenteil kann es bei einer beschränkten Sichtweise auf die Marktsituation eines gewissen Sektors sogar erst recht dazu kommen, dass solche Fusionen genehmigt werden. Aus unserer Sicht ist es daher notwendig, gesamtgesellschaftliche Interessen stärker in den Genehmigungsprozess einzubeziehen.
ÖVP	Sollte eine Fusion bewilligt werden, ist davon auszugehen, dass dies nur unter entsprechenden Auflagen erfolgen wird. Danach wird auch zu entscheiden sein, ob die EU-Fusionskontrolle an neue Gegebenheiten und Erkenntnisse – u.a. aus diesem Verfahren – angepasst werden muss.
FPÖ	Überlegungen in Hinblick auf eine Überarbeitung der europäischen Fusionskontrollverordnung und einer damit verbundenen allfälligen Veränderung der Kompetenzen sollen jedenfalls stattfinden, stellen aber einen längerfristigen Prozess dar und sind in Hinblick auf das gegenständliche Verfahren unerheblich.
Die Grünen	In den letzten Jahren wurden unter Wettbewerbskommissarin Vestager bereits einige Maßnahmen zur Stärkung der Fusionskontrolle gesetzt. Wir sind aber der Auffassung, dass das Fusionsrecht für besonders sensible Materien, bei denen das Interesse an der

Verein ARCHE NOAH

Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung
 Obere Straße 40 · A-3553 Schiltern · +43(0)2734-8626 · info@arche-noah.at · www.arche-noah.at

ZVR 907994719 · DVR 0739936

	<p>Vermeidung von Kartellbindungen über rein wirtschaftliche Aspekte hinausgeht, weiter adaptiert und präzisiert werden muss. Es geht darum, in Bereichen wie Lebensmittelqualität und -sicherheit nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ökologische Faktoren sowie Aspekte des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelqualität in die Entscheidung mit einfließen zu lassen. Besondere Risiken für österreichische Unternehmen sehen wir durch eine solche Reform auf europäischer Ebene nicht – von der verstärkten Fusionskontrolle wären insbesondere große internationale Agrar- und Lebensmittelkonzerne betroffen. Für österreichische Unternehmen dürfte die Verhinderung von zu großen Marktkonzentrationen in diesen Bereichen potenziell positive Auswirkungen haben.</p>
NEOS	<p>Wir sind der Meinung, dass die Fusionskontrollbehörde ihren Job sehr gut erledigt. So wurde aufgrund ihrer Tätigkeit erst im Mai dieses Jahres facebook mit einer Strafe von 110 Mio. € belegt, weil falsche Angaben zur Übernahme von Whatsapp gemacht wurden. Die außerordentliche Höhe der Strafe wurde mit Abschreckung begründet. Wir werden hier aber immer einen kritischen Blick auf diese zentrale Einrichtung der Kommission haben. Momentan sehen wir keinen Grund, von Versäumnissen auszugehen. Im Gegenteil: die Entscheide der letzten Jahre waren relativ rigoros und die verhängten Strafen sehr hoch.</p>
Liste Pilz	<p>Die Republik Österreich hat im Beratenden Ausschuss darauf hinzuwirken, dass im Kontrollverfahren außer-ökonomische Ziele entsprechende Berücksichtigung finden.</p>
KPÖ Plus	<p>Ja, es braucht eine Stärkung der Fusionskontrollbehörde sowie eine Verschärfung der Bestimmungen zur Vermeidung von Monopolen, auf deren Grundlage die Behörde handelt. Die drohende Konzernmacht einer Bayer-Monsanto-Fusion ist eine Gefahr für ökologische Vielfalt, kleine ProduzentInnen und eine Agrarpolitik, die sich an den Interessen der Vielen und nicht der wenigen Reichen und Konzerne orientiert. Entscheidend ist eine Verschärfung der Bestimmungen, auf deren Grundlage die Fusionskontrollbehörde intervenieren und Monopolbildungen entgegenwirken kann. Grundsätzlich würde eine bessere monopolvorbeugende Wirkung neue Chancen für kleine und mittlere Betriebe aus Österreich bieten. Wir legen jedoch Wert auf die Feststellung, dass wir gegen Monopole jedweder Art und unabhängig von nationaler Zugehörigkeit vorgehen wollen. Sinnvolle Maßnahmen, die etwa dem Schutz von Biodiversität, der Unterstützung von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie zur Förderung einer regional angepassten, ökologischen Landwirtschaft dienen, dürfen nicht an Konzerninteressen scheitern, die zu vermeintlich allgemeinen „nationalen Interessen“ gemacht werden.</p>
FLÖ	<p>Nein. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß durch eine Stärkung der nationalen Kontrollorgane der EU-Mitgliedstaaten der Verbraucher besser zu schützen ist. Die mittelständischen Saatgutunternehmen, die für Sortenvielfalt und einen gesunden Wettbewerb sorgen, werden auf EU-Ebene nicht unterstützt. Deshalb muss die Verantwortung wieder verstärkt in die Hand nationale Wettbewerbsbehörden rückübertragen werden.</p>

Verein ARCHE NOAH

Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung
 Obere Straße 40 · A-3553 Schiltern · +43(0)2734-8626 · info@arche-noah.at · www.arche-noah.at

ZVR 907994719 · DVR 0739936

Hinweis: ARCHE NOAH hat alle bundesweit für die Nationalratswahl 2017 kandidierenden Parteien befragt. Auch die Weiße Partei und GILT haben unseren Fragebogen erhalten, wollten jedoch nicht dazu Stellung nehmen.

Antwort der Weißen Partei:

„Die Weißen wollen [...] **bewusst keine Positionen zu detaillierten Fragestellungen** einnehmen. Obwohl jeder Einzelne von uns persönlich eine ganz klare Meinung hat.

Die Weißen distanzieren sich davon, Positionen zu einzelnen Themengebieten einzunehmen, welche die herkömmlichen Parteien vorgeben – das spaltet nur die Menschen. Es geht uns ums Ganze. Um das Ändern der Spielregeln, die derzeit einfach nur unfair sind.“

Antwort von GILT:

Wir bekamen die telefonische Auskunft, dass sie nicht auf Fragebogen antworten, weil sie grundsätzlich einen Systemwandel anstreben und sich innerhalb des aktuellen politischen Systems nicht positionieren wollen.

***Fabian Mayr von der LISTE PILZ ließ uns zusätzlich zu den Antworten diesen Text zukommen:**

„Seit einigen Jahren versuchen Pharmakonzerne durch Fusionen Ihre Marktpositionen und Ihren Einfluss auf die Märkte und Landwirtschaft zu stärken.

Grund hierfür sind der vermehrte Verzicht und die Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber Gentechnisch veränderte Lebensmittel und dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Von meiner Seite gibt es daher ein klares NEIN zur Übernahme durch Bayer!

Diese Fusion muss schlichtweg abgelehnt werden.

Auch eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in Europa ist für uns undenkbar.

Da die Möglichkeit besteht durch den Einsatz dieses Mittels unserer Bevölkerung, Flora, und Fauna zu schaden, dann haben wir die Pflicht alternative Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir dürfen hierbei Landwirte künftig nicht vor unverhandelbare Tatsachen stellen, diese müssen darauf vorbereitet werden und die Chance haben Ihre Betriebe dementsprechend umzustellen.

Hierbei gilt es unter Einbindung von Experten alternative Modelle zu entwickeln um die Erträge zu sichern, ehe Pflanzenschutzmittel künftig verboten werden.

In unserer Gesellschaft haben Entwicklungen ihre Folgen, auch wenn sie oftmals nicht wahrgenommen werden.

Beispielsweise führt eine Umverteilung wie wir sie derzeit in unserem Land vorfinden, zwangsläufig zu einem Verfall der Preise in der heimischen Landwirtschaft.

Im Jahr 1954 waren wir laut Statistik Austria noch bereit im Durchschnitt 45% unserer Haushaltsgelder für Lebensmittel auszugeben, heute sind es nur noch an die 13%, wobei beispielsweise Wohnen in diesem Zeitraum teurer wurde.

Ich setze mich als Erwerbsminderter dafür mit der Liste Pilz ein, wieder ein Überleben der kleinstrukturierten Landwirtschaft garantieren zu können.

Diese Herausforderungen werden wir nur gemeinsam bewältigen können. Hierfür werden wir Reformen für die Umverteilung, den Sozialbereich, und der Landwirtschaft auf den Weg bringen.“

Verein ARCHE NOAH

Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung

Obere Straße 40 · A-3553 Schiltern · +43(0)2734-8626 · info@arche-noah.at · www.arche-noah.at

ZVR 907994719 · DVR 0739936